

Zwischen Wunschdenken und Realität : Kampfplatz Familie

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **41 (2014)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zwischen Wunschenken und Realität: Kampfplatz Familie

Noch kaum je ist in der Schweiz derart heftig über familienpolitische Konzepte debattiert worden wie heute. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen haben die Formen des Zusammenlebens stark verändert, doch Bilder einer idealen Familie verstellen häufig den Blick auf die Realitäten.

Von Jürg Müller

Wenn alle dasselbe Ziel anstreben, heisst das noch lange nicht, dass alle den gleichen Weg beschreiten. Es heisst paradoxerweise nicht einmal, dass alle am gleichen Ort ankommen wollen. Äusserst anschaulich illustriert das derzeit die helvetische Familienpolitik: Alle politischen Parteien wollen «die Familie» stärken. Was sie unter dem Begriff jedoch genau verstehen, welche Familienbilder und Zielvorstellungen ihren Forderungen zugrunde liegen, bleibt diffus und reichlich disparat. Die einen malen das Schreckgespenst der «Verstaatlichung der Kinder» an die Wand, wenn mehr Kindertagesstätten gefordert werden, die andern bemühen das Bild vom «Heimchen am Herd», wenn Frauen sich vollzeitlich Kindern und Haushalt widmen. Es wird gestritten über Steuerabzüge und Familienzulagen, über externe Kinderbetreuung und Tagesschulen, über Vaterschaftsurlaub und Rabenmütter, über Feierabendväter und Tagesmütter – oder ganz allgemein über richtige und falsche Lebensentwürfe.

Die Debatten fallen häufig sehr heftig aus, dies zeigten im vergangenen Jahr gleich zwei familienpolitische Volksabstimmungen. Dabei wurde klar, es geht um weit mehr als um die Familie. Es geht um Weltanschauungen und Gesellschaftsentwürfe, um Rollenbilder und Gleichstellungsfragen. Davon betroffen sind meist gleich mehrere Politikbereiche, nämlich Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt, Steuern, Finanzen, Wohnbaupolitik und Siedlungsentwicklung. Und natürlich, das beteuern ausnahmslos alle, geht es immer und an erster Stelle um das Wohl des Kindes.

Familienpolitik ist ein Dauerbrenner helvetischer Politik. Ein eigenständiger Politikbereich war sie in der Schweiz bemerkenswerterweise jedoch nie und ist es bis heute nicht. Die Verkehrspolitik, die Bildungs-, die Jugend-, die Alters-, die Regional-, die Wirtschafts- und die Konjunkturpolitik: Sie alle und einige mehr haben Verfassungsrang, besitzen einen eigenen Artikel in der Bundesverfassung. Nicht so die Familienpolitik, ob-

schon alle Parteien die «Urzelle der Gesellschaft» programmatisch hochhalten.

«Familienpolitisches Entwicklungsland»

Das heisst nun nicht, dass nichts getan wird. Die meisten Eltern kommen in den Genuss von Kinderzulagen, deren Höhe ein Bundesgesetz regelt. Das Steuerrecht kennt eine Reihe von Entlastungen für Familien. Für jedes minderjährige Kind und alle Jugendlichen in beruflicher Erstausbildung können Abzüge beim steuerbaren Einkommen gemacht werden. Auch Fremdbetreuungskosten für Kinder können seit einiger Zeit teilweise abgezogen werden, genau wie die Krankenkassenprämien für Kinder. Mit einer Anschubfinanzierung unterstützt der Bund die Schaffung neuer Krippenplätze, ein Programm, das zweimal verlängert worden ist und 2015 ausläuft. Zudem gibt es eine Mutterschaftsversicherung für erwerbstätige Frauen. Für bedürftige Familien bestehen weitere staatliche Hilfen, so etwa Prämienverbilligungen für Krankenkassen, in gewissen Kantonen auch Ergänzungsleistungen. Viele Gemeinden und Städte bieten eine Anzahl subventionierter Krippenplätze an.

Aber eben: Üppig ist das alles nicht. Die Sozialausgaben für Familien und Mutterschaft liegen erheblich unter dem europäischen Durchschnitt. Für kinderreiche Familien und Alleinerziehende liegt in der Schweiz das Armutsrisiko überdurchschnittlich hoch. Remo Largo, emeritierter Professor für Kinderheilkunde an der Universität Zürich und Bestsellerautor, formulierte es jüngst in einem Interview drastisch: «Die Schweiz ist bezüglich Familienpolitik ein Entwicklungsland. Im Vergleich mit den skandinavischen Ländern setzt die Schweiz einen dreimal kleineren Betrag des Brutto-sozialproduktes für die Kinder und Familien ein. Trotz allen privaten und öffentlichen Beteuerungen: Geld ist uns wichtiger als Kinder.» Auch eine vom Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse in Auftrag

gegebene Studie der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit zeigt, dass die Schweiz im Vergleich zu den übrigen OECD-Ländern wenig Geld für Familien aufwendet: Mit 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt sie unter dem OECD-Durchschnitt von 2,23 Prozent. Deutschland wendet 2,8 Prozent des BIP für Familien auf, Österreich 3,0 und Frankreich 3,7 Prozent.

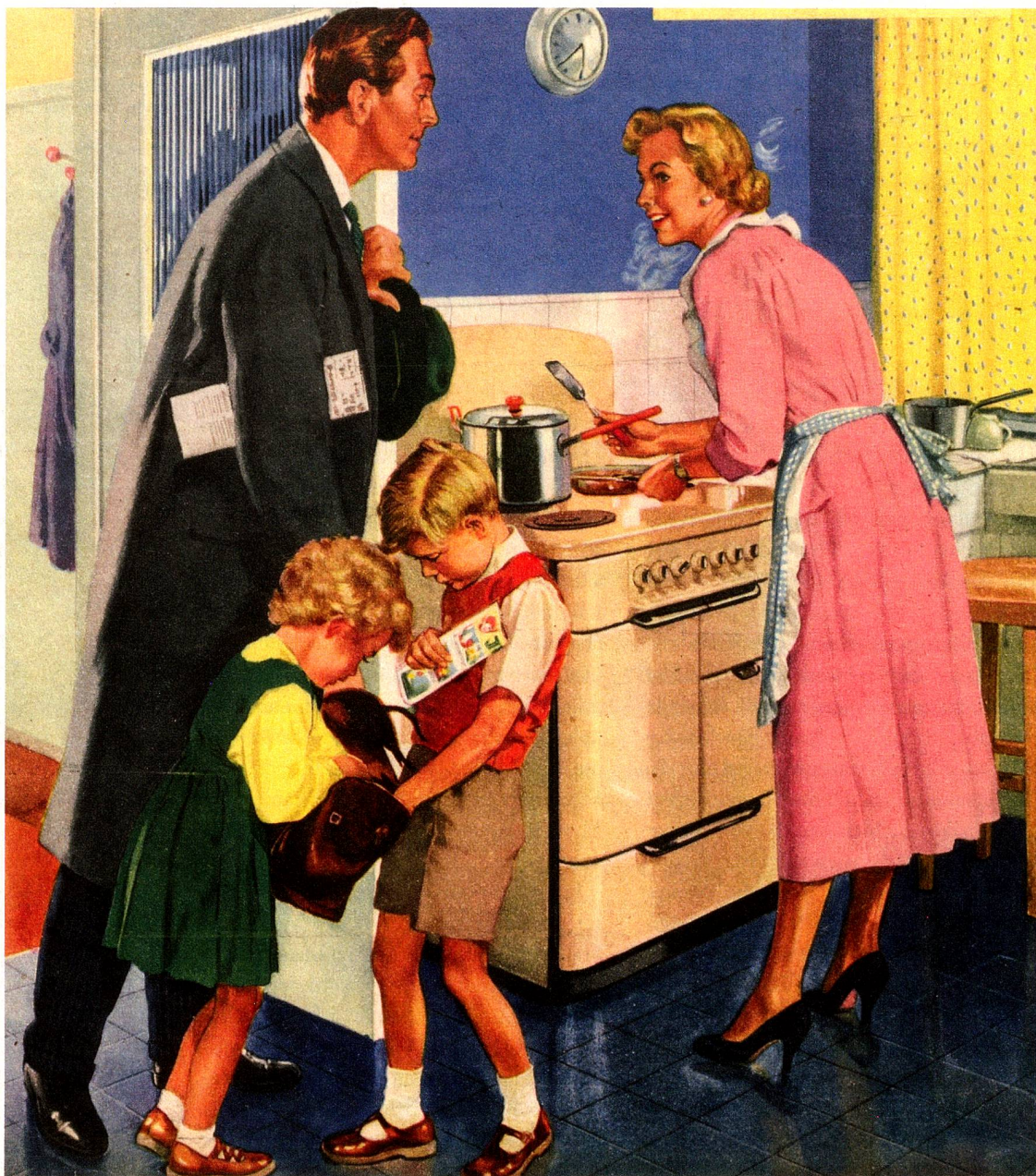
Natürlich wäre es wünschenswert, «dass jede Familie ihr Schicksal, ihre Entwicklung und ihre materiellen Bedürfnisse unabhängig und eigenverantwortlich gestalten kann. Doch die Grundvoraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen, sind in unserem Land noch nicht gegeben», sagt Thérèse Meyer-Kaelin, Präsidentin der Eidgenössischen Koordinationsstelle für Familienfragen, ein beratendes Organ des Departements des Innern. Es gebe in der Schweiz «keine ausreichend wirksame Familienpolitik». Und sie wird noch deutlicher: «Die typische Ausrede der sogenannten Verfechter der Familie, um im Endeffekt nichts zu unternehmen», bestehe darin, die Familie zur Privatsache zu erklären. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf «gleich oft einem Hindernislauf». Dabei sei doch die Familie «die wichtigste Einheit, damit sich die Gesellschaft harmonisch entwickeln und jede Person sich individuell entfalten kann».

80 Prozent der Frauen sind erwerbstätig

Mit der Harmonie ist es nicht weit her: Gesellschaftliche Wirklichkeit und familienpolitische Massnahmen stehen nicht im Gleichgewicht. Das traditionelle Familienbild mit strikter Rollenteilung «Vater ist Ernährer, Mutter kümmert sich um Heim und Kinder» geistert zwar noch in manchen Köpfen herum, entspricht aber meist nicht mehr der Realität. Es gibt sie durchaus noch, diese Art des Zusammenlebens, aber die dominierende Lebensform ist sie längst nicht mehr.

Ein Blick auf Zahlen, Fakten und Strukturen unterstreicht diesen Befund. Über

Weitgehend ein Mythos: die Musterfamilie der Fünfzigerjahre – die Mutter am Herd und für Kindererziehung zuständig, der Vater berufstätig und Ernährer



80 Prozent der Frauen sind in der einen oder anderen Form erwerbstätig. Noch nie gab es so viele Einpersonenhaushalte. Die Zahl der Familienhaushalte sackte zwischen 1970 und 2008 von 75 Prozent auf etwas über 60 Prozent ab. Ehe- und andere Paarhaushalte ohne Kinder sind im gleichen Zeitraum deutlich zahlreicher geworden. Ein wichtiger Indikator für die Lage der Familie sind die Erwerbsmodelle in diesen Paarhaushalten: Die Details vom Bundesamt für Statistik: Zwischen 1992 und 2012 ist der Anteil von Paarhaushalten mit vollzeiterwerbstätigem Partner und nicht erwerbstätiger Partnerin stark zurückgegangen ist. In Paarhaushalten, wo das jüngste Kind unter sieben Jahren ist, von rund 62 auf 29 Prozent. Am

häufigsten ist heute das Modell mit vollzeiterwerbstätigem Partner und teilzeiterwerbstätiger Partnerin. Paare mit Kindern, in denen beide Partner teilzeiterwerbstätig sind, sind auch heute noch eine Minderheit, obwohl sich ihr Anteil verdoppelt hat.

Mittelstand unter Druck

Es sind also immer noch die Frauen, die beruflich zurückstecken, wenn Kinder kommen. Sie sind es in erster Linie, die in eine Zwangslage geraten und sich fragen müssen: Beruf oder Kind? Dieses Dilemma führt einerseits zu einer sinkenden Geburtenrate und zu unerwünschten Effekten in Wirtschaft und Gesellschaft: Viele gut ausgebildete Frauen ziehen sich ganz oder zumindest

teilweise aus dem Berufsleben zurück, dringend benötigte Fachkräfte fehlen – und müssen im Ausland rekrutiert werden. Abhilfe schaffen könnte hier ein grösseres Angebot an externen Betreuungsplätzen. Immerhin nehmen schon heute gegen 40 Prozent der Paarhaushalte und 54 Prozent der Alleinerziehenden diese in Anspruch; ist das jüngste Kind unter sieben Jahre alt, sind es gar 52 beziehungsweise 70 Prozent.

Allerdings sind die Betreuungskosten in der Schweiz rekordverdächtig: Gemäss einem OECD-Bericht geben Familien rund die Hälfte ihres Einkommens für Kinderbetreuung aus, das ist mehr als in jedem anderen Land. Die hohen Krippenkosten von bis

zu 3500 Franken pro Monat für einen Vollplatz fressen denn auch häufig einen grossen Teil des Zweiteinkommens weg. Viele mittelständische Familien, die auf ein Zweiteinkommen angewiesen sind, können ein Lied davon singen. Da die Krippentarie in der Schweiz einkommensabhängig sind, stehen paradoxerweise Kleinverdiener etwas besser da, weil sie in den Genuss von Zuschüssen kommen. Für den Mittelstand führt das aber zu Fehlreizen, die gerade in Zeiten mangelnder Fachkräfte fatal sein können. Gewisse Firmen haben das Problem erkannt, bieten interne Kinderbetreuungsplätze an und übernehmen auch einen Grossteil der Kosten. Leisten könnten sich das jedoch meist nur sehr grosse Unternehmungen, für viele Kleine ist das zu kostspielig. Und hier wäre der Staat gefragt.

Abstimmungsmarathon zur Familie

Die Chance, der Problemlösung in absehbarer Zeit näher zu kommen, ist im vergangenen Jahr allerdings verpasst worden. Im März 2013 ist ein Verfassungsartikel über die Familienpolitik am Ständemehr gescheitert, obschon ihm die Mehrheit des Volkes zugestimmt hat. Angestossen wurde das Projekt im Parlament von der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP). Der neue Artikel hätte Bund und Kantone verpflichtet, die Vereinbarkeit von Familie, Erwerbstätigkeit und Ausbildung zu fördern. Mit dem Ausbau familien- und schulergänzender Betreuungsplätze wäre vor allem die Position erwerbstätiger Mütter gestärkt worden.

Im November 2013 scheiterte das zweite familienpolitische Anliegen. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) wollte Familien, die ihre Kinder selber betreuen, steuerlich entlasten. Dies sei nur gerecht, da Eltern, die ihre Kinder in Krippen schicken, Steuerabzüge geltend machen könnten, argumentierte sie. Falsch, sagten die Gegner der SVP-Volksinitiative: Die Vorlage bevorzuge steuerlich die «traditionelle» Familie mit der Kinder betreuenden Frau zu Hause.

Doch die Parteien lassen nicht locker: Die CVP macht gleich mit zwei Initiativen Druck, die dieses Jahr zu reden geben werden. Mit einem der Volksbegehren will sie die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien, mit dem andern die sogenannte Heiratsstrafe abschaffen, also die Schlechterstellung der Verheirateten bei der AHV. Heute beträgt die Rente eines verheirateten Paares 150 Prozent, Konkubinats-

paare erhalten zwei volle Renten.

Die Sozialdemokratische Partei denkt ebenfalls laut darüber nach, eine Initiative zu lancieren. Im Vordergrund stehen die Forderungen nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr bezahlbaren Betreuungsplätzen und die Erhöhung der Kinderzulagen.

Einige Mythen begraben

Dieser Aktivismus zeigt, dass die Politik realisiert hat, wie dramatisch die Veränderungen bei den Familienstrukturen und Partnerschaften sind. Das Bundesamt für Statistik hält im Fazit des umfassenden Familienberichts von 2008 fest: «Durch die Verselbständigung des Individuums gegenüber der Gesellschaft, die Emanzipation der Frauen, aber auch durch die Befreiung von religiöser und bürgerlicher Moral sind einige Tabus gebrochen worden.» Dabei muss man sich aber immer bewusst sein, dass die Tabus, die da gefallen sind, gar nicht so alt sind. Denn die kulturkämpferischen Auseinandersetzungen um die «richtige» Familie und die adäquate Familienpolitik stützen sich häufig auf Mythen, die einer historischen Analyse nicht standhalten.

Die «traditionelle Familie» mit festgefugter Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist gar nicht so alt. «Erst in den Boomjahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Ideal von breiten Schichten geteilt», erklärt Regina Wecker, emeritierte Professorin für Geschichte an der Universität Basel in einem Beitrag der deutschen Zeitung «Die Zeit». Was häufig als etwas Naturgegebenes mit Ewigkeitswert dargestellt wird, habe etwa ab 1960 für rund drei Jahrzehnte als Norm existiert und weder vorher noch nachher der Realität einer Mehrheit von Menschen in der Schweiz entsprochen.

Auch, dass Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, sei keine historische Anomalie der Gegenwart, sondern seit Jahrhunderten der Normalfall. So etwa haben die Frauen «in den neu entstandenen Textilfabriken bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Mehrheit der Belegschaft ausgemacht». Zuvor waren die Frauen einfach zu Hause berufstätig – zum Beispiel in der Heimtextilindustrie.

Die Fremdbetreuung der Kinder ist ebenfalls keine junge Entwicklung. «Neu» ist das Phänomen nur, wenn man nicht weiter als bis in die Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurückblickt. Sehr viele Kinder

Über 80 Prozent der Schweizer Frauen sind berufstätig: Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist allerdings oft mit grossem Stress verbunden. Von einigen Parteien werden arbeitende Frauen zudem als Babymütter dargestellt



wuchsen im 18. und 19. Jahrhundert gar nicht bei ihren Eltern auf, nicht weil sie im heutigen Sinn fremdbetreut wurden, sondern weil die Eltern bereits gestorben waren oder keine Zeit für ihren Nachwuchs hatten – weil sie arbeiten mussten. Noch bis zur Einführung der AHV 1948 war es üblich, Kinder in fremden Familien zu platzieren, wenn ein Elternteil starb. Und überhaupt: «Der Anspruch, dass Kinder einer besonderen Sorge bedürfen, eben dass sie betreut werden müssen, entstand erst im 19. Jahrhundert und konnte bis weit

ins 20. Jahrhundert nicht erfüllt werden. Auch nicht von den leiblichen Eltern, weil sie keine Zeit dafür hatten», sagt Regina Wecker.

Es wäre im weiteren familienpolitischen Schlagabtausch schon viel gewonnen, wenn wenigstens nicht mit historisch unhaltbaren Mythen argumentiert würde. Die gesellschaftlich einzig statthafte Normfamilie gibt es nicht – es gab sie nie.

JÜRGEN MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»

Die gläserne Familie

Wen es trifft, der staunt – und stöhnt. In der Schweiz wollen die Statistiker nämlich sehr genau wissen, was die Familie tut, wie sie sich organisiert, wer in der Familie wofür Geld ausgibt und wer womit wie viel Geld verdient. Seit dem Jahr 2000 werden jährlich 3000 Familien, eine sogenannte Stichprobe, mit Akribie untersucht. Wer einwilligt, ist verblüfft über den Aufwand. Einkäufe müssen minutös erfasst und detailliert aufgeschlüsselt werden. Erfasst wird, ob Freunde einen zum Brunch einladen – und wie viel diese Einladung monetär wert ist. Erfasst werden die Gesangsstunden der Gattin, die Krippenkosten des Zöglings, die freiwillige Unterstützung der Tante, die Jahresspende an die Vereinigung der Freunde des mongolischen Urpferdes. Und selbst im eisigen Januar ist täglich die Frage zu beantworten: «Haben Sie heute Gemüse aus dem eigenen Garten geerntet?» Zwei Monate dauert das statistische Spektakel – mit Vorgesprächen, Instruktionen, Testerfassungen und der darauf folgenden täglichen Niederschrift aller Details während vier Wochen. Dazu gesellen sich telefonische Zusatzinterviews – zu Gesundheit und Wohlbefinden, zum Körpergewicht des jüngsten Sprosses, zu diesem und jenem.

Dank der Erhebung hat die helvetische Durchschnittsfamilie klare Konturen. Wir wissen, dass sie 2,23 Personen umfasst und pro Monat und Person 2,945 Kilogramm Fleisch konsumiert – fast doppelt so viel wie 1950. Wir wissen, dass ihr Warenkorb mit Lebensmitteln halt nur noch knapp sieben Prozent des Haushaltseinkommens beansprucht. Dafür ist der Aufwand für «Wohnen und Energie» auf 15,356 Prozent, respektive 1474 Franken 78 Rappen, geklettert. Wir wissen, dass besagter Haushalt monatlich 768 Franken und 34 Rappen für seine Mobilität ausgibt – 621 Franken 24 Rappen fürs Auto, aber nur 2 Franken 89 Rappen für die «Beförderung von Personen auf Wasserwegen». Sehr genussüchtig ist der Durchschnittshaushalt nicht: Er bescheidet sich mit einem monatlichen Konsum von 0,449 Liter Schweizer Weisswein und 2,946 Liter Bier, während der Qualm von Zigaretten im Wert von 38 Franken 51 Rappen die Luft schwängert. In «wandere Tabakwaren inklusive Drogen» werden 2 Franken 44 Rappen investiert.

Warum das Bundesamt für Statistik (BFS) nicht Familien, sondern explizit Haushalte untersucht, ist rasch erklärt: Die Formen des Zusammenlebens wandeln sich stark und das Bild der «bürgerlichen Kernfamilie» verblasst. Vor diesem Hintergrund ist der «Haushalt» heute für Statistiker das Synonym für familiäres Zusammenleben, ungeachtet seiner Form. Wer wissen will, ob der eigene Haushalt trotzdem halbwegs ins schweizerische Familienbild passt, erfährt vom BFS aber Trost: «Die klassische Kleinfamilie ist in der Schweiz nach wie vor stark verankert und prägt den Lebensalltag einer Mehrheit der Bevölkerung.» Bei genauerem Hinsehen wird's aber recht bunt. Von den 2011 gezählten 1 139 800 Einfamilienhaushalten mit Kindern – im Volksmund spräche man hier wohl einfach von Familien – sind lediglich deren 769 100 klassische Gebilde aus einem verheirateten Paar mit eigenem Nachwuchs im Kindes- oder Jugendalter. Die zweitgrösste Gruppe bilden die Alleinerziehenden – mit 166 900 alleinlebenden Müttern und 29 500 alleinlebenden Vätern mit Kindern. Dazu gesellen sich je Zehntausende sogenannter «Fortsetzungsfamilien» – verheiratete Paare mit Kindern aus früheren Beziehungen –, Konkubinatspaare mit eigenen Kindern, sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften, die sich ihrerseits als «Fortsetzungsfamilien» verstehen. Und am Rand tummeln sich auch noch einige Dutzend gleichgeschlechtlicher Paare mit Kindern.

Marc Lettau